Zeitschrift: Revue économique franco-suisse
Herausgeber: Chambre de commerce suisse en France
Band: 45 (1965)
Heft: 1: Concentration industrielle

Rubrik: Kurz zusammengefasst für unsere deutschsprachigen Leser

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KURZ ZUSAMMENGEFASST FÜR UNSERE DEUTSCHSPRACHIGEN LESER

KONZENTRATION BEI ANGEMESSENEN WETTBEWERBSBEDINGUNGEN

von Professor Dr Walter HALLSTEIN
Präsident der EWG-Kommission

...Je mehr die Schranken zwischen den Volkswirtschaften der einzelnen Länder fallen, desto unmittelbarer greifen die Auswirkungen jeder einzelstaatlichen Massnahme auf das Nachbarland über.

Der Staat kann ebensoviel zum Vorteil wie zum Nachteil der Wirtschaft tun. Wir können von der Wirtschaft aber billigerweise nur dann verlangen, dass sie sich der Situation stellt, die wir für sie schaffen, indem wir sie ungeschützt der ausländischen Konkurrenz, der Konkurrenz der anderen Mitgliedstaaten aussetzen, wenn wir ihr gleichzeitig angemessene Wettbewerbsbedingungen, verbleichbare Wettbewerbsbedingungen garantieren.

An dieser Stelle wollen wir sogleich anmerken, dass es sich dabei nicht um völlig identische Wettbewerbsbedingungen handelt. Da unsere Gemeinschaft nach dem föderativen Prinzip aufgebaut ist, wollen wir einen kurzen Blick auf die wirklichen, vollständigen Föderationen werfen, wie z. B. die Schweiz oder die Vereinigten Staaten oder die Bundesrepublik Deutschland.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass die Wettbewerbsbedingungen innerhalb dieser Bundesstaaten überall gleich waren. Da es sich aber um Bundesstaaten handelt, gibt es auch innerhalb der Zentralgewalt engere Machtbereiche, nämlich Kantone oder Bundesländer, und diese bieten unterschiedliche Bedingungen für die Wirtschaftstätigkeit.

Wir müssen hier also darauf achten, dass wir unsere Ziele nicht zu hoch ansetzen und uns nicht einem Perfektionismus oder einem unangebrachten Dogmatismus verschreiben...

Was ist also zu tun ? Alle Massnahmen des Staates müssen sich, wenn die Sache funktionieren soll, einer gemeinsamen Disziplin unterordnen. Die Verfahren dieser Disziplin sind im EWG-Vetrag sehr fein abgestuft worden.

Die Wirklichkeit setzt sich allerdings über viele etwas subtile Unterscheidungen hinweg, die wir uns bei der Abfassung des Vertrages ausgedacht haben.

Es gibt also heute in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sozial- und wirtschaftspolitische Auswirkungen auf die Wirtschaftslage, die aus der Gemeinschaft selbst erwachsen. Heisst das, dass die Gemeinschaft darum recht dirigistisch sei, wie viele gern behaupten möchten ? — Nein, keineswegs. Warum greift die EWG dann also ein ? Sie greift ein, um die Freiheiten zu garantieren, die die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in sich schliesst : den ungehinderten Warenverkehr über die Binnengrenzen hinweg, den freien Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschafft, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Niederlassungsfreiheit für Unternehmer, die Freizügigkeit im Dienstleistungsverkehr.

Wir sind versucht, hier Kant etwas abzuwandeln. Sie kennen sein berühmtes, Wort vom Frieden ; man kann es auch auf die Freiheit anwenden : « Die Freiheit ist kein Naturzustand der Menschheit .» Auch die Freiheit muss, um Kants Worte zu gebrauchen, bewusst herbeigeführt werden.

Wenn so viel über Wettbewerbsverfälschungen geklagt wird, die diesem oder jenem Unternehmer die Umstellung so schwermachen, die er als so ungerecht empfindet, so müssen wir sehr genau hinhören.

Es liegt nicht in unsere Absicht zu verallgemeinern, aber bei diesen Klagen ist es manchmal so, dass man den Sack schlägt, während man den Esel meint. Man beschwert sich über Wettbewerbsverfälschungen, aber was einen stört, ist der Wettbewerb.

Für diese Leute haben wir kein Heilmittel. Der Wettbewerb ist das Grundgesetz der Europäischen Wirtschaftgeminschaft, denn er ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik das einzige Gesetz, das die Freiheit garantieren kann, nicht nur die Freiheit des Unternehmers, des Handeltreibenden und des Arbeiters, sondern auch und vor allem die des Verbrauchers.

Verbraucher sind wir nun aber alle ; alle übrigen Gruppen sind Minderheiten. Was bedeutet freie Konsumwahl, wenn es nicht genug Waren gibt, unter denen der Verbraucher wählen kann ? Gerade dafür wollen wir im Rahmen des Gemeinsamen Marktes sorgen...

(Auszüge aus einer Rede Professor Hallsteins in Bad Godesberg).

DIE UNTERNEHMENSKONZENTRATION IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE DER SCHWEIZ

von M. V. UMBRICHT, Vorstandsvorsitzender der CIBA

Die Frage der Unternehmenskonzentration ist in letzter Zeit wieder aktuell geworden. Im Hintergrund steht dabei sicherlich die Idee der Schaffung einer von der Rationalisierung und der Automation geprägten europäischen Gesamtwirtschaft.

Welche Probleme stellen sich in diesem Zusammenhang der chemischen Industrie der Schweiz ? Sind hier bereits Konzentrationen eingetreten, und wenn ja, in welcher Form ?

Zunächst ist eine ausgeprägte geographische Konzentration festzustellen : 70 % der chemischen Industrie sind in und um Basel angesiedelt. Welche Gründe lassen sich hierfür anführen ? — Zweifellos sowohl politische, finanzielle und verkehrstechnische als auch historische Gründe.

1856 wurde zum erstenmal ein synthetischer Farbstoff entwickelt, und schon drei Jahre später wurde in Basel die fabrikmässige Herstellung synthetischer Farbstoffe aufgenommen.

Die vorhandene Textilfabrikation, die unmittelbare Nähe des Rheins und die Rolle der Stadt Basel als Finanzplatz haben hierzu in entscheidendem Masse beigetragen. Diese Konzentration ist allerdings nur auf der Ebene der Gesamtwirtschaft anzutreffen. Die Betriebswirtschaft muss sich ihrerseits logischerweise auf die wirtschaftspolitische Entwicklung einstellen. In ihrer Wachstums- und Investitionspolitik richtet sich die chemische Industrie der Schweiz nach dem Grundsatz, die Konzentration der Betriebe nicht zu weit zu treiben, um keine zu den Gegebenheiten der Schweiz im Widerspruch stehenden, allzu grossen Komplexe zu schaffen und sich nicht zu sehr den Risiken des internationalen Handelsverkehrs auszusetzen. Daher kann die Schweizer chemische Industrie nicht als Musterbeispiel der Unternehmenskonzentration gelten. Vielmehr bemüht sie sich beständig um ein ausgewogenes Verhältnis, um einen Mittelweg zwischen Konzentration und Dezentralisierung.

Die Programmierung ist in der chemischen Industrie nicht nur in der Forschung, sondern auch in verschiedenen anderen Bereichen deutlich zu beobachten : Zwischen dem Mutterland und dem Ausland findet insofern sozusagen ein Veredelungs-

verkehr statt, als ein im Ursprungsland anfänglich verarbeitetes chemisches Erzeugnis in dem Land und in der Fabrik, von wo es verkauft wird, seine Endverarbeitung erhält.

Die Farbenindustrie hat auf den wichtigsten Auslandsmärkten Fabrikationszentren geschaffen. Im Interesse einer rationellen Arbeitsweise errichten Unternehmen, die auf dem Markt miteinander konkurrieren, diese Zentren zuweilen gemeinsam.

Diese Art der Konzentration besteht also nur in einer technischen Zusammenarbeit der betreffenden Firmen. Da sich chemische Erzeugnisse auf dem nationalen wie dem internationalen Markt nur von einer zentralen Stelle aus absetzen lassen, hat die chemische Industrie darüber hinaus in den wichtigsten Gebieten rasch Absatzstellen eingerichtet. Hier ist vor allem die Photochemie als markantes Beispiel zu nennen. Derartige schritte sind angesichts des allgemeinen Trends zur Konzentration notwendig geworden, doch wurden diese Entscheidungen natürlich nicht in der Absicht getroffen, das freie Spiel der Marktkräfte zu behindern.

Trotz aller dieser Faktoren sind die Aussenstellen weitgehend unabhängig. Jede betriebt, den jeweiligen Marktbedingungen entsprechend, ihre eigene Politik, während die Zentrale nur in Grundsatzfragen entscheidet.

Die Basler Firmen sind somit zu Produktions- und Absatzorganisationen und zu Holdings geworden, in denen die Konzentrations- und Dezentralisierungsbestrebungen sich unaufhörlich konfrontieren und zuweilen auch in einem Punkt begegnen. Die administrativen Vorteile dieser Konzentration sollen soweit wie möglich genutzt werden : besserer Gesamtüberlick, besseres Kreditangebot, bessere Nutzung der Elektronenanlagen, bessere Investitionsplanug, sinnvollere Programmierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, grössere Möglichkeiten zur technischen Erweiterung der Handelsorganisation.

Es zeigt sich also, dass die Verbindung der Basler Gesellschaften mit ihren Aussenstellen in vieler Hinsicht recht elastisch ist ; hierbei handelt es sich um eine Gemeinschaft relativ selbstständiger Firmen, die sowohl wirtschaftlich als auch finanziell ihren eigenen Weg gehen.

FUSIONIERUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN ELEKTROINDUSTRIE

von René Sergent
Vizepräsident,
Delegierter des Gesamtverbandes der Elektroindustrie.

All Jahre wieder erwarten die wirtschaftlich interessierten Leser das Ergebnis jenes Wettrennens, das die grössten Weltunternehmen nach der unerbittlichen Rangliste der Umsatzzahlen unter sich austragen.

Sofern diese Leser auf Elektrofirmen gesetzt haben sollten, werden sie vielleicht enttäuscht sein, weil ihre Favoriten nicht an die Riesenzalhen der Erdöl- und Automobilkonzerne herankommen.

Trotz Philips, Siemens und Brown, Boveri & Co. liegt Europa weit hinter den USA zurück und wird sogar von Japan eingeholt.

Die Unternehmensgrösse ist allerdings ein allzu einfaches Kriterium, denn bei der Elektroindustrie und der industriellen Elektronik kommt es in erster Linie auf die « Hirnsubstanz » an. Zweitens ist sie auch eine verarbeitende Industrie, und drittens zählt die europäische Elektroindustrie zu ihren Kunden einerseits die öffentlichen Versorgungsbetriebe und Industrieunternehmen der ganzen Welt, andererseits das breite Publikum auf den sich wandelnden Märkten der EFTA und der EWG.

Das sind die Grundüberlegungen. In der Praxis gehen die Ansichten auseinander : Die einen preisen die Zusammenfassung von Forschungseinrichtungen, Produktionsmitteln und Absatzmöglichkeiten, die andern geben der Vielfalt den Vorzug.

Wer sich für die erste Möglichkeit entscheidet, gewinnt an Leistungsfähigkeit, übernimmt dafür aber das äusserst grosse Risiko, dass die Produktionsanlagen veralten oder ein Konjunkturrückgang eintritt — oder beides zugleich. Wer den zweiten Weg geht, kann an Leistungsfähigkeit verlieren, was er an Sicherheit gewinnt. Bei diesen Feststellungen bleiben kleinere Nuancierungen natürlich unberrücksichtigt.

Für alle diese Probleme haben die europäischen Elektrofirmen Lösungen gefunden, deren Vielseitigkeit beeindruckt. Das gilt sowohl für ihren derzeitigen Aufbau als auch für die jetzt vorgenommenen Umstellungen.

Obwohl der Druck der Konkurrenz in allen Ländern ungefähr gleich stark ist, reargiert die Elektroindustrie von Land zu Land verschieden. In dem einen, seit langem sozialistischen Land haben aktive und mächtige Banken der Industrie beispielhafte und massive Zusammenschlüsse aufgezwungen. In dem anderen, liberal regierten Land haben die Grossen der europäischen Elektroindustrie schon vor 30 Jahren einen guten Teil ihrer Vormachtstellung an kleinere Konkurrenzunternehmen abgegeben.

Anderswo wiederum hat der Staat durch seine Beteiligungen solide Konzerne entstehen lassen. In wieder anderen Ländern sind die wichtigsten Abnehmerfirmen der Elektroindustrie durch ihre Verstaatlichung gezwungen, zu rationalisieren und sich zusammenzuschliessen.

Zwei kleine Länder schliesslich, die allerdings ungleiche demokratische Regierungsformen aufweisen, haben den fortschrittlichsten Formen der Konzentration in der Industrie den Weg gebahnt.

In den vergangenen zehn Jahren sind in der geographischen Verteilung und der Konzentration der europäischen Elektrofirmen z. T. erhebliche Veränderungen eingetreten. Der Staat selbst hat allerdings nicht viel getan, um Firmen von europäischem Zuschnitt entstehen zu lassen. Einige Länder leisten Fusionierungen Vorschub, andere wirken ihnen entgegen, kein Land fördert die Gründung internationaler Unternenmen der einen oder anderen Form.

Die Unternehmen der Elektroindustrie sind — jedes auf seine Art — auf der Suche nach der « europäischen Dimension .»

Die Entwicklung hat bereits eingesetzt. Mit einiger Unterstützung von Regierungsseite kann die Fusionierung in Europa noch stärker um sich greifen.

UNTERNEHMENSKONZENTRATION UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

MITTEL UND ZIELE DER INDUSTRIEPOLITIK IM GEMEINSAMEN MARKT

von Willy Zeller
Brüsseler Korrespondent der
« Neue Zürcher Zeitung ».

Chrysler-Simca, General Electric-Machines Bull, Agfa-Gevaert — drei Namensgruppen neben vielen anderen, die in der europäischen und amerikanischen Finanzpresse grosses Aufsehen erregt haben. Weshalb ? Nun, einmal spiegeln sie einen Prozess der Unternehmenskonzentration wider, zum anderen sind sie Ausdruck einer anhaltenden Expansion der gesunden europäischen Wirtschaft.

Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich der Zustrom amerikanischen Investitionskapitals immer mehr verstärk. In Europa hat er die Reaktion gewisser Kreise auf den Plan gerufen, die sich aus wirtschaftlichen, politischen oder emotionellen Gründen gegen diese Kapitalzugänge stemmen.

Der Konzentrationsprozess kann viele Motive haben und auf verschiedene Art eine Föderung erfahren.

Es ist ein glückliches Zusammentreffen, dass die Integration in eine Zeit des raschen technischen Fortschritts fällt, denn der technische Fortschritt leistet der Unternehmenskonzentration allgemein Vorschub. Auch aus finanziellen Gründen kann diese Konzentration angestrebt werden : die Rationalisierung der Absatzorganisation und die Erweiterung des Vertriebsapparates werden von der Grösse des Unternehmens entscheidend mitbestimmt.

Die Konzentration kann sehr mannigfaltige Formen annehmen : Unternehmenszusammenlegung, Kapitalerhöhung, Vergrösserung des Personalbestands, Vereinbarungen zwischen

Firmen über die Finanzierung und Durchführung von Forschungen, über Werbung, Eigenverkauf, gemeinschaftliche oder gegenseitige Nutzung der Forschungseinrichtungen, Spezialisierung der Produktion — um nur einige zu nennen.

Die Industriepolitik wird durch die Handelspolitik gefördert. Die Organe der EWG stehen den Konzentrationsproblem nicht unbeteiligt gegenüber, und die « mittelfristige Wirtschaftspolitik » (wie die Programmierung offiziell heisst) stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument dar, um die Privatwirtschaft und die Behörden möglichst genau über die Wirtschaftsaussichten zu informieren. Im Bereich der Handelspolitik werden auch die Auswirkungen des « Trade Expansion Act » auf die Konzentrationsbewegungen erneut erörtert werden müssen.

Eine wirksame Organisation des Kapitalmarktes ist unbedingt notwendig. Industriekreise im Gemeinsamen Markt waren die ersten, die den Wunsch nach einer gewissen Reduzierung der amerikanischen Investitionen äusserten, und dieses Begehren wurde mit ähnlichen Argumenten verteidigt, wie sie auch hinsichtlich der Errichtung gewisser Schutzwälle vorgebracht worden waren. Was die Organisation der Kapitalmärkte betrifft, muss Europa selbst noch positive Ergebnisse erbringen ; z. B. sollten die Kapitalmärkte der einzelnen Mitgliedstaaten enger miteinander verflochten und die Investitionsarten den bei der Kapitalbildung auftretenden strukturellen Änderungen angepasst werden.

Im Oktober 1964 wurde eine Sachverständigengruppe « Kapitalmärkte » eingesetzt, die mit der Untersuchung der Probleme beauftragt wurde, welche sich aus dem Vorhandensein beträchtlicher Unterschiede im Kreislauf Ersparnis-Investition und in der Organisation der Kapitalmärkte einzelnen Länder ergeben.

Welche fiskalischen Massnahmen erfordern die Kapitalmarktpolitik ? Im internationalen Kapitalverkehr hat die Vorzugsbehandlung der amerikanischen Investitionen lange Zeit unleugbar dazu beigetragen, dass sie in Europa reinvestiert wurden. Luxemburg ist durch seine Stellung als Kapitalumschlagplatz und sein einladendes Steuersystem zur « kleinen Schweiz » des Gemeinsamen Marktes geworden.

Ein weiterer Punkt ist die Harmonisierung der Umsatzsteuern, die auch die Beseitigung der innergemeinschaftlichen Steuerunterschiede zum Ziel hat und für die Industriepolitik von grosser Bedeutung ist. Schliesslich sei noch das Ziel eines europäischen Gesellschaftsrechts erwähnt, zu dem die Vorarbeiten in Brüssel bereits im Gange sind. Vor allem für Kapitalgesellschaften sollen einheitliche Gesellschaftsstatuten eingeführt werden. Grundsätzlich kann dieses Ziel auf zweierlei Weise erreicht werden, und zwar entweder durch die Harmonisierung der einzelstaatlichen Vorschriften oder durch die Schaffung eines europäischen Gesellschaftsrechts.

Wichtig ist ferner, dass auf dem Gebiet des Wettbewerbs, der Forschung und der Berufsausbildung eine realistische Politik verfolgt wird. Mit der Wettbewerbspolitik verfügt die Gemeinsame Politik im Integrationssystem über ein weiteres Instrument zur Einwirkung auf die Konzentrationsbewegungen. Die einschlägige Politik der EWG hatte bisher nur fragmentarischen Charakter.

Dagegen geht die Montanunion das Konzentrationsproblem insofern völlig anderns an, als alle Zusammenschlüsse der vorherigen Genehmigung durch ihr Exekutivorgan, die Hohe Behörde, bedürfen.

Der Forschung kommt unbestritten eine grosse Bedeutung zu : technische Ausrüstung und berufliche Qualifikation können den modernen Konzentrationsprozess entscheidend mitbestimmen.

Bei der Industriepolitik im Rahmen des Gemeinsamen Marktes geht es nicht nur um die Förderung der Forschung, sondern auch um den Schutz der Forschungsergebnisse.

Forschung und Berufsausbildung gehören zu den Bereichen, in denen der industrielle Fortschritt unmöglich einzig und allein durch Massnahmen des Staates verwirklicht werden kann. Die Lösung der durch die Modernisierung des Wirtschaftsprozesses aufgeworfenen Probleme ist in erster Linie Sache der Unternehmerfunktion, während die Industriepolitik, jedenfalls aus liberaler Sicht, vor allem die Aufgabe hat, die Hindernisse zu beseitigen, die sich der freien Entfaltung der unternehmerischen Initiative entgegenstellen.

DIE AMERIKANISCHEN INVESTITIONEN IN EUROPA UND DIE KONZENTRATION IN DER INDUSTRIE

von Pierre URI
Leiter der Planungsabteilung des Atlantik-Instituts.

Die amerikanische Investitionstätigkeit in Europa hat in den letzten Jahren unvermindert stark angehalten ; es gab eine Reihe von Operationen, die in der Offentlichkeit Aufsehen erregt haben. Lange Jahre hindurch waren die amerikanischen Investitionen willkommen, da sie einem vom Krieg erschöpften und mit allen Kräften an seinem Wiederaufbau arbeitenden Europa, das Mühe hatte, gleichzeitig sein aussenwirtschaftliches Gleichgewicht zu wahren und Investitionen vorzunehmen, sowohl Devisen als auch Kapital brachten.

Während einige Länder, wie z. B. Holland, den amerikanischen Investitionen nach wie vor weit offenstehen, scheinen andere, vor allem Frankreich, zuweilen eine abwehrende Haltung einzunehmen.

Diese Reaktionen und ihre eigentlichen Gründe sind bisher noch nie ganz klar dargestellt worden. Will man objektiv und auf das Ganze sehend urteilen, so muss man zwischen den Vorteilen und den Gefahren dieser unvestitionen Bilanz ziehen. Grundsätzlich dürfte der Zustrom ausländischen Kapitals bereitwillig hereingelassen werden, besonders in einem Land wie Frankreich, das eine viel zu geringe Investitionsrate aufweist und diese auch im Rahmen seines Fünften Wirtschaftsplans steigern will.

Werden mit dem Kapital zugleich hochentwickelte und sehr fortschrittliche Verfahren eingeführt, so ist der Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung noch grösser. Daneben liegt noch ein anderer Vorteil deutlich zutage : Wenn die ausländischen Unternehmen sich in den Ländern, in denen sie Fuss fassen, dem Fiskus stellen und somit zu freiwilligen Steuerzahlern werden, so kann der Staat von diesen Investitionen nur profitieren.

Gegen die Investitionen wird geltend gemacht, dass durch den Transfer der Kapitalerträge letztlich eine Belastung für die Zahlungsbilanz entsteht und dass somit die unmittelbaren Vorteile eines Kapitalzustroms für das äussere Gleichgewicht auf längere Sicht wieder aufgehoben werden.

In Wirklichkeit steht dieses Argument auf allzu schwachen Beinen. Denn schon heute übersteigt der Gesamtbetrag der amerikanischen Investitionen meistens — ausser im vergangenen Jahr — die neuen Ausgänge an langfristigen Mitteln. Umgekehrt ist durchaus zweifelhaft, ob die jährlichen Ausgänge auf Grund von Investitionen in Zukunft nicht durch neue Kapitaleingänge ausgeglichen werden. Ebensowenig ist sicher, dass die europäischen Länder bei der Wahrung ihres aussenwirtschaftlichen Gleichgewichts mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu rechnen haben werden, denn die meisten von ihnen konnten in den vergangenen Jahren stets einen beträchtlichen Uebenschuss erzielen.

Ferner besteht zuweilen die Befürchtung, dass sich die grossen ausländischen Konzerne der zentralen Wirtschaftslenkung in den einzelnen Ländern — ob sie auf einem Plan beruht oder nicht — entziehen. Das heisst die Möglichkeiten unterschätzen, über die ein moderner Staat verfügt.

Das stichhaltigste Argument ist nach wie vor in der Befürchtung zu sehen, dass amerikanische Firmen in bestimmten Bereichen eine Monopolstellung erringen und dadurch europäischen Unternehmen die Möglichkeit zur Aufnahme einer Konkurrenzproduktion nehmen könnten.

DIE UMGRUPPIERUNG DER FRANZÖSISCHEN UNTERNEHMEN UND DIE REGIONALISIERUNG DES KAPITALMARKTS

von Pierre-Bernard COUSTÉ
Abgeordneter des Departements Rhône

Ich bin beeindruckt von den Worten, mit denen der Finanzminister den internationalen Wettbewerb charakterisiert hat.

Er hat gesagt, er sei « ungeheuer » und « erschreckend .»

Damit rechtfertigt er die der Nationalversammlung vorgeschlagenen Massnahmen im Zusammenhang mit der Expansion und den Bemühungen, die die Bestimmungen zur Förderung der privaten Investitionen verkörpern.

Ich will diese Massnahmen, die sich in Artikel 6 bis 9 des Entwurfs zum Finanzgesetz finden, hier nicht aufzählen, da

wir Gelegenheit haben werden, über sie zu entscheiden. Da diese Vorschriften aber durch Verwaltungsmassnahmen ergänzt werden sollen und uns ferner im Wirtschaftsbericht dargelegt worden ist, dass Sie eine umfassende Reform der die Privatwirtschaft betreffenden Steuervorschriften wünschen, ist es nach meiner Ansicht für das reibungslose Funktionieren des Kapitalmarktes und die strukturelle Modernisierung der Industrie unerlässlich, dass dieser Gesamtentwurf rasch eingebracht und beraten wird.

In diesem Zusammenhang könnten, wie mir scheint, zwei Arten von Vorschlägen oder Anregungen gemacht werden, erstens in bezug auf die Besteuerung und die Zusammenfassung der Produktionsmittel und Vertriebsapparate, zweitens in bezug auf die Anwendung des regionalen Rahmens auf das Steuerwesen und die Wiederbelebung des Kapitalmerktes.

Hinsichtlich der Betriebsgrösse und der Zusammenfassung von Produktionsmitteln und Vertriebsapparaten erscheint es höchst wünschenswert, *dass Fusions- oder Konzentrationsvorgänge zwischen Firmen sowie die Umgruppierung von Mutter- und Tochtergesellschaften ungeachtet des jeweiligen Wertzuwachses von jeder Steuer oder Abgabe ausgenommen werden, damit die Leistungsfähigkeit der französischen Unternehmen erhöht wird.*

Drei Gründe rechtfertigen diesen Vorschlag : Die Tatsachen erfordern diesen Schritt, es ist Eile geboten, und es ist jetzt der richtige Zeitpunkt gegeben.

Zunächst : Die Tatsachen erfordern diesen Schritt.

Wenn ich mich auf die Angaben im Gesamtbericht von Louis Vallon beziehe, so stelle ich fest, dass die *Umgruppierung der ausländischen Konkurrenzunternehmen viel rascher vor sich geht als bei uns in Frankreich* und dass vor allem in der Bundesrepublik Deutschland der Anteil der 50 grössten Firmen am Gesamtumsatz der deutschen Industrie schon 1960 22,8 % betrug, während der Umsatz der 200 grössten Unternehmen in den USA am Gesamtumsatz des Landes in den vergangenen 15 Jahren von 30 auf 40 % gestiegen ist. In Frankreich sind die Grossfirmen bis auf einige Ausnahmen nach europäischen Masstäben zu Mittelbetrieben geworden, und die Mittelbetriebe lässt der veränderte europäische Markt und Weltmarkt zu Kleinbetrieben werden.

Trotz der bisher in unserem Land erzielten Fortschritte ist die französische Industrie, die zu lange auf einen engen und geschützten Markt ausgerichtet war, ihrer Struktur nach immer noch mangelhaft auf den internationalen Wettbewerb eingestellt. Daraus resultiert eine eindeutige Unterlegenheit in bezug auf die Investitionstätigkeit, den Export und die Förderung der unbedingt notwendigen Forschungsarbeit.

Der Konzentrationsgrad beträgt in Frankreich nur 1/5 des deutschen bzw. englischen und 1/10 des durchschnittlichen amerikanischen Konzentrationsgrades ; nach Industriezweigen ist der Abstand z. T. noch grösser.

Zweitens : es ist Eile geboten, denn am. 1. Januar nächsten Jahres tritt in den sechs EWG-Ländern eine weitere Zollsenkung in Kraft, und es ist vorauszusehen, dass der beschleunigte Zollabbau dazu führen wird, dass die Sechsergemeinschaft in zwei Jahren, am 1. Januar 1967, eine vollkommene Zollunion darstellen wird. Ausserdem wird sich der Wettbewerb noch verschärfen, wenn die Kennedy-Runde ein Erfolg wird.

Drittens : Wir müssen *jetzt* handeln, denn noch besitzen wir unsere Steuerhoheit, aber morgen, wenn die gemeinsame Fiskalpolitik Wirklichkeit wird, können wir nicht mehr die gleichen Massnahmen ergreifen wie heute.

Ist etwas dagegen einzuwenden, *diese Umgruppierung in der französischen Industrie von der Besteuerung gänzlich auszunehmen ?*

Zweifellos wird ein gewisser Steuerausfall die Folge sein.

Vor allem aber könnte man sagen, dass wir dadurch die Entwicklung überstürzen und die rasche und völlige Beseitigung der Klein- und Mittelbetriebe betreiben.

Ich glaube, das ist nicht der Fall, denn die französischen Unternehmer werden sehr wohl beurteilen können, ob es in ihrem Interesse liegt, eine aussergewöhnliche Massnahme zu nutzen, die wir ergreifen könnten.

Wenn wir den Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit zur Anpassung geben, so heisst das nicht, das wir diese Betriebe — vor allem die Familienbetriebe — sterben lassen wollen. Es ist vielmehr notwendig, dass die dynamischsten Unternehmer und Führungskräfte — oft sind es die jüngeren — die Möglichkeiten dieser Konzentration, dieses Sichzusammenschliessens wahrnehem, um die Produktion zu spezialisieren, das Angebot von Ballast zu befreien, den Markt vielseitiger zu gestalten und die allgemeinen Kosten zu senken. Dabei müssen sie die Gewissheit haben, dass das vom Standpunkt der Leistungsfähikeit unsere Wirtschaft angebrachte Zusammenrücken nicht zu einer Besteuerung Anlass gibt, die psychologisch immer eine zu grosse Belastung darstellt.

Die Umgruppierung in der französischen Industrie und im Handel ist eine Notwendigkeit. Die Industrie-Unternehmer verlangen gewiss keine Subventionen wie die Landwirtschaft, wo die strukturelle Entwicklung dies erfordert ; sie verlangen im Grunde nur, dass ihr Zusammenrücken, ihr Sichzusammenschliessen kostenfrei sei.

Die Vergrösserung der Betriebe kann nicht die einzige Lösung und der einzige Weg sein, die Leistungsfähigkeit des französischen Wirtschaftsapparates zu steigern. Häufig und in zahlreichen Industriezweigen ist sie aber die Voraussetzung für Reorganisationen und Umstellungen, die zu Kostensenkungen führen und die Firmen in die Lage versetzen, zu wettbewerbsfähigen Preisen Erzeugnisse abzusetzen, deren Originalität und Qualität gewahrt bleiben müssen.

Dieser Weg muss aber noch aus einem anderen Grunde beschritten werden : Den Beschäftigten in unseren Industrie- und Handelsbetrieben muss die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes garantiert werden, und wir müssen die junge Nachkriegsgeneration und jene, die die Landwirtschaft aufgeben müssen, in angemessener Weise in die Wirtschaft eingliedern können.

Zu den wirtschaftlichen kommen soziale Überlegungen. Wir wollen unsere Erzeugnisse und Dienstleistungen exportieren, unsere Arbeitskräfte aber behalten.

DIE 49. SCHWEIZER MUSTERMESSE

Eine konzentrierte Übersicht über die Neuheiten der Schweizer Produktion ein Sammelpunkt der Handelsströme

von H. Hauswirth
Direktor der Schweizer Mustermesse.

Die Schweiz — in einem anderen Licht gesehen

« Der Schweizer melkt seine Kuh und lebt in Frieden », ist bei Victor Hugo zu lesen. Der illustre Gast des Panthéon lebte allerdings im 19. Jahrhundert, und damals bot die Schweiz dem Reisenden tatsächlich dieses ländliche Bild der Stille und des Friedens. Und doch begann die Schweiz, das alte « Land der Hirten », im letzten Jahrhundert unmerklich damit, ihr Gesicht zu wandeln, um zu einem Industriestaat zu werden, mit dem die anderen Länder rechnen müssen. In der Tat hat sich die Heimat des schweizerischen Freiheitshelden Wilhelm Tell, dessen Armbrust zu einem Erkennungsmerkmal Schweizer Erzeugnisse geworden ist, dank dem zähen Fleiss ihrer Bewohner in die vorderste Reihe der hochindustrialisierten Länder vorgearbeitet. Trotzdem ist die Schweiz in der Vorstellung vieler Menschen, die sie noch nie besucht haben, oft nur das Land einer liebenswerten Folklore. Wir müssen zugeben, dass hierfür in erster Linie unsere Landsleute selbst verantwortlich sind. So war die Schweiz z. B. im letzten Monat auf einer grossen internationalen Veranstaltung, die vom französischen Fernsehen und vom gesamten Eurovisionsnetz übertragen wurde, durch Fahnenschwinger, Alphornbläser und stämmige Bergbewohner vertreten, die Peitschen schwangen und aus voller Kehle jodelten... Diese Gruppe bildete einen verwunderlichen Kontrast zu den Abordnungen der anderen Länder. Man darf sich fragen, ob es richtig ist, von der Schweiz, die zunächst einmal ein hochindustrialisiertes Land ist, nur dieses folkloristische Bild zu zeichnen ! Zum Glück werden Sie bei einem Besuch der 49. Schweizer Mustermesse, die vom 24. April bis 4. Mai in Basel stattfindet, ein anderes Gesicht der Schweiz kennenlernen.

Eine vom Kommerziellen geprägte Messe

Wie wir letztes Jahr mit gutem Grund in dieser Zeitschrift voraussagen konnten, hat die Nationalausstellung in Lausanne nicht verhindert, dass die Schweizer Mustermesse 1964 ein sehr grosser Erfolg geworden ist. Das hat niemanden, der sich für das schweizerische Wirtschaftsleben interessiert, verwundert, denn die beiden Veranstaltungen waren deutlich voneinander unterschieden. Die Ausstellung in Lausanne, die viele französische Besucher angezogen hat, sollte vor allem die geistigen Werte und Ziele der Schweiz bilderbuchartig vor Augen führen. Die Basler Mustermesse hatte dagegen wie schon seit nahezu 50 Jahren ausgesprochen kommerziellen Charakter. Sie dient unverändert dem Zweck, Treffpunkt zu sein für Angebot und Nachfrage, ein Ort, an dem einmal im Jahr Hersteller und Käufer zusammenge führt werden, um gute, ja ausgezeichnete Geschäfte zu tätigen. Mit den beiden Luftverkehrsgesellschaften AIR-INTER und SWISSAIR, die diese Rheinstadt mit den meisten französischen Grosstädten verbinden, können Sie bequem und mit sehr geringem Zeitaufwand zur Basler Messe reisen. Ausserdem gibt es zwischen Basel und den meisten Industrie - und Handelszentren ausgezeichnete Schnellzugverbindungen oder direkte Autostrassen.

Ein Anziehungspunkt ersten Ranges

Eines der Merkmale, das den Besuchern der Basler Messe jedes Jahr besonders auffällt, besteht darin, dass hier bewusst dem festen Willen des Schweizer Volkes Rechnung getragen wird, Werte zu schaffen und zu arbeiten ; ebensosehr zeichnet diese Messe sich durch den Beitrag aus, den sie zur bestmöglichen Lösung der grossen wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart leistet. Die Schweizer Mustermesse ist für zwei französische Besuchergruppen von unmittelbarem Interesse : für die Einkäufer und für die Lieferanten. Somit ist sie in zweifacher Hinsicht ein Anziehungspunkt von erstrangiger Bedeutung. Einmal unterstützt sie die Industrie aktiv, indem sie zur Weitergabe der neuen Erzeugnisse und neuen technischen Verfahren beiträgt, zum anderen gibt sie dem ausländischen Besucher Gelegenheit, mit der Mehrzahl der schweizerischen Industriellen direkten Kontakt aufzunehmen und sich auf begrenztem Raum ein genaues Bild vom Bedarf der eidgenössischen Hersteller zu verschaffen. In diesem Zusammenhang darf wohl darauf hingewiesen werden, dass sich die Schweiz aus ihrer — zwar durch die Umstände bedingten — liberalen Einstellung heraus immer bemüht hat, ihren Handel mit der übrigen Welt so freizügig wie möglich zu gestalten. Ein Land ohne Bodenschätze, dessen Fläche zu 68 % aus karger Gebirgs- und Hügellandschaft besteht, in dem sich nur ein Fünftel des Bodens für eine intensive Bewirtschaffung eignet, kann nur dann leben und gedeihen, wenn es mit der ganzen Welt ungehindert Handel treibt, da es die Rohstoffe für seine Fabriken einführen muss.

Die Gründe einer ständig wachsenden Beliebtheit

Die Schweizer Mustermesse 1965 wird jedem Besucher beweisen, dass die Schweiz in der vordersten Linie des technischen Fortschritts steht. Das sind keine leeren Worte, das ist keine nur der Reklame dienende selbstgefällige Feststellung. Der Wohlstand der schweizerischen Volkswirtschaft hängt weitgehend von den werkstoffkundlichen Kenntnissen ihrer Ingenieure und Techniker, vom Grad ihrer maschinellen Spezialisierung und von den zahlreichen Prototypen ab, die sie im Maschinenbau entwickelt haben. Für kein europäisches Land — mit Ausnahme Belgiens und der Niederlande — ist der Aussenhandel so wichtig wie für die Schweiz. Darum gibt es praktisch keine Branche, in der die Schweiz nicht Spitzenerzeugnisse anzubieten hätte, die allerhöchste Ansprüche befriedigen. Wenn sich die Basler Messe immer grösserer Beliebtheit erfreut, so deshalb, weil sie allein sich rühmen kann, in ihren Hallen fast alles zu zeigen, was die Schweiz herstellt. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Messe alljährlich Tausende von Geschäftsleuten anzieht. Von den 900 000 Gästen, die Messer jahrein, jahraus besuchen, kamen im vergangenen Jahr schätzungsweise 100 000 aus 112 verschiedenen Ländern. Noch nie waren die französischen Besucher so zahlreich erschienen ; es waren 40 % mehr als 1963. Die Franzosen stellten nach den Interessenten aus Westdeutschland die zweitstärkste ausländische Gruppe.

1965 : Die bedeutendste Basler Messe seit ihrer Gründung im Jahre 1917

Die Schweizer Mustermesse war noch nie so bedeutend wie in diesem Jahr, und zwar nicht nur wegen ihrer Grösse, sondern auch wegen ihrer neuen Anordnung, die dem Besucher die Übersicht wesentlich erleichtert. Nach der Fertigstellung des neuen vierstöckigen Gebäudes, das somit zum erstenmal vollständig zur Verfügung steht, hat sich die Ausstelungsfläche auf 162 500 m2 und damit gegenüber 1963 um ein Viertel vergrössert. Die 2.500 Aussteller sind auf 27 Gruppen verteilt und in 4 grossen Gebäudekomplexen untergebracht. Werfen wir jetz einen kurzen Blick auf die Exportabteilungen der Basler Messe. Wie in den Vorjahren werden sich die französischen Gäste u. a. sicher besonders für die Uhrenausstellung interessieren, die seit nunmehr 35 Jahren im Rahmen der Schweizer Mustermesse veranstaltet wird und Basel zu *dem* Handelszentrum der Uhrenindustrie gemacht hat. Der Besucher kann an den 180 mit erlesenem Geschmack gestalteten Ständen der Halle mehr als 20 000 Armband- und Taschenuhren, Wecker, Wanduhren und Spezialuhren sehen und bewundern. Von den übrigen Abteilungen seien hier genannt : Textilien, Bekleidung, Schuhwaren, Grossmaschinenbau, Apparate, Metalwaren, Fördereinrichtungen, Transportmittel und Industriezubehör. Wie ein Pariser Journalist im vergangenen Jahr formuliert hat, können sich die französischen Besucher in aller Ruhe viele Neuheiten ansehen, die « à la Suisse » sind... Hier denken wir vor allem an die Abteilungen für Kessel, Heizgeräte, Schweisstechnik, Industrieausrüstungen, Bauteile und Baustoffe, Kunststoffe, Verpackung, Büroeinrichtungen, Gaststättengewerbe, Haushaltsgeräte, Möbel, Inneneinrichtungen, Porzellan, Kunsthandwerk sowie Spielwaren und Campingartikel.

Wir möchten diese Vorschau auf die 49. Schweizer Mustermesse nicht schliessen, ohne allen französischen Besuchern schon jetzt ein herzliches « Willkommen » zu sagen. Die traditionsreiche Messestadt Basel, am Schnittpunkt Frankreich — Deutschland — Schweiz gelegen und von allen Städten der deutschen Schweiz dem Geist des Romanischen zweifellos am meisten aufgeschlossen, erwartet Sie in der Zeit vom 24. April bis 4. Mai 1965. Statten Sie ihr einen Besuch ab, Sie werden es nicht bereuen !

De SUISSE en FRANCE...
de FRANCE en SUISSE... *un courant d'affaires permanent :*

EXPORTATEURS de l'un et l'autre de ces Pays
— à quels supports confier votre publicité?
— comment atteindre votre clientèle potentielle?

LA RÉPONSE à ces questions capitales pour vous, vous sera donnée par :

ASSA

ANNONCES SUISSES SA. "ASSA"
ou
HAVAS INTERNATIONAL RÉGIES

ces deux Maisons mettant à votre disposition leur expérience des marchés suisse et français et le potentiel de leurs importantes régies.

CONSULTEZ-NOUS

HAVAS INTERNATIONAL RÉGIES
11, boulevard des Italiens
PARIS-2e Tél. RIC. 31-04

ANNONCES SUISSES SA. "ASSA"
1, rue du Vieux-Billard
GENÈVE Tél. 25 43 86